



32. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Gremium:

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:

Dienstag, 14.02.2012, 18:00 Uhr

Ort, Raum:

**Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.01.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bericht Creso Creative Sozialarbeit gGmbH - Streetwork-Projekt Potsdam
- 5 Wiedervorlagen
- 5.1 **Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum** Fraktion Die Andere
11/SVV/0712
- 5.2 **Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012** Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
11/SVV/0906
- 5.3 **Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum** Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
11/SVV/0818
- 5.4 **Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages** Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
11/SVV/0834
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 **Jugend und Wohnen in Potsdam** Fraktion DIE LINKE
12/SVV/0017

- 7 Schwerpunkthemen Ausschuss für Gesundheit
 und Soziales im 1. Halbjahr 2012

- 8 Informationen der Ausschussmitglieder /
 Termine

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt

Gäste:

Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Hans-Joachim Böttche	Bereich Wohnen
Frau Martina Trauth-Koschnick	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum
Vorlage: 11/SVV/0712
Fraktion Die Andere
- Wiedervorlage -
- 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0906
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015
Vorlage: 11/SVV/0948
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0949
Oberbürgermeister, KIS
- 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
Vorlage: 11/SVV/0818
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages
Vorlage: 11/SVV/0834
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)
Vorlage: 11/SVV/0878
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5.2 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"
Vorlage: 11/SVV/0960
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
- 5.3 Gesundheits- und Sozialberichte in der Landeshauptstadt
Vorlage: 11/SVV/0896
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 6 Schwerpunktthemen für die Sitzungen im 1. Halbjahr 2012
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 15.11.2011

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Der Niederschrift wird zugestimmt.

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Schulze teilt mit, dass die DS 11/SVV/0712 in Abstimmung mit der Fraktion Die Andere zurückgestellt wird, da die Vertreter von Ver.di und der Landeskrankenhausgesellschaft ihre Teilnahme an der Sitzung abgesagt haben.

Sie weist darauf hin, dass die Antwort der Landeskrankenhausgesellschaft allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. Auch die AOK Nord-Ost als zuständige Krankenkasse hat die Teilnahme an der Sitzung abgesagt.

Des Weiteren schlägt Frau Schulze vor, die Drucksachen 11/SVV/0818 „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ (TOP 4.6) und 11/SVV/0834 „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages“ (TOP 4.7) zurückzustellen, da die Haushaltsklausuren in den Fraktionen noch nicht abgeschlossen sind.

Die Mitteilungsvorlagen 11/SVV/0878 „Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)“ sowie 11/SVV/0960 „Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"“ sollten vorgezogen und im Anschluss an Tagesordnungspunkt 3 beraten werden, da Herr Böttche im Anschluss beide Drucksachen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vertreten muss.

Der Haushalt 2012 sollte eingebracht werden, um in der Februar-Sitzung eine Beschlussempfehlung geben zu können. Der Wirtschaftsplan des KIS sowie Eckwertebeschluss wurde bisher durch den Ausschuss für Gesundheit und Soziales lediglich zur Kenntnis genommen. Frau Schulze schlägt vor, auch in diesem Jahr beide Drucksachen zur Kenntnis zu nehmen.

Sie bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 2 Informationen der Verwaltung

Bundesprogramm Bürgerarbeit

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass zur Stadtverordnetenversammlung am 25.01.2012 durch die Verwaltung eine Beschlussvorlage zum Bundesprogramm Bürgerarbeit vorgelegt wird. Sie erinnert daran, dass mit Beschluss 11/SVV/0606 der Oberbürgermeister beauftragt wurde, im Rahmen des Bundesförderungsprogramms „Bürgerarbeit“ bis zu 100 zusätzliche Einsatzstellen innerhalb der Stadtverwaltung Potsdam zur Verfügung zu stellen und geeignete Arbeitsförderträger mit der Realisierung des Vorhabens vertraglich zu beauftragen.

Zum 30. Mai 2011 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Arbeitnehmerüberlassung im Modellprojekt „Bürgerarbeit“ grundsätzlich zugelassen. Im Rahmen der Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zum 01.12.2011 sind zwei, bis dahin nicht relevante, Herausforderungen aufgetreten:

1. Eine grundsätzliche Erlaubnis der Agentur für Arbeit zur Arbeitnehmerüberlassung ist zwingend erforderlich.
2. Die Teilnehmenden (Leiharbeitnehmer) haben die Möglichkeit klageweise eine Vergütung nach dem Equal-Pay-Gebot (Orientierung am TVÖD) geltend zu machen.

Im Zuge dieser neuen Rahmenbedingungen sehen sich die empfohlenen Träger

nicht in der Lage als Arbeitgeber im Sinne der Bürgerarbeit aufzutreten. Eine Realisierung des Vorhabens unter den maßgeblichen Rahmenbedingungen des Beschlusses ist nicht möglich.

Um dem grundsätzlichen Inhalt des Beschlusses zu entsprechen, stellt die Projektträgerschaft der Landeshauptstadt Potsdam die einzige gangbare Lösung dar. In diesem Sinne würde die Stadtverwaltung Potsdam als direkter Arbeitgeber auftreten.

Um einen schnellen Beginn der Maßnahme zu gewährleisten, sollte die Drucksache möglichst in der StVV am 25.01.2012 beschlossen werden.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, die Beschlussvorlage bei Bedarf in den Fraktionssitzungen am 23.01.2012 zu erläutern. Ein entsprechendes Schreiben ist auf dem Weg.

zu 3 **Berichte aus den Beiräten**

Behindertenbeirat

Der Bericht des Behindertenbeirates liegt allen Ausschussmitgliedern schriftlich vor:

„Der Beirat hat in den letzten Wochen an verschiedenen Aktivitäten teilgenommen:

1. Fahrstühle Hauptbahnhof und Bhf. Griebnitzsee

Gemeinsam mit dem ABB Potsdam wurde erreicht, dass mit der Umstellung des Fahrplanes (langfristiger Ausfall der Regionalverbindung Potsdam-Berlin) nach mehreren Verhandlungen eine Zwischenlösung gefunden wurde.

Der Fahrstuhl zur S-Bahn wurde in mehreren Reparaturversuchen nun gangbar gemacht, indem, der Antrieb aus dem Fahrstuhl zum Regionalgleis entnommen wurde.

Daher ist nun das Regionalgleis nicht mehr für Rollis erreichbar. Bei rechtzeitiger Information an die Bahn AG wird der Regionalzug nach Brandenburg auf ein erreichbares Gleis umgeleitet. Eine spontane Nutzung (oder für Ortsfremde) ist nicht gewährleistet.

Ein neues Antriebsaggregat ist bestellt.

2. Teilhabeplan

Der Beirat ist in den Arbeitsgemeinschaften zur Erarbeitung des Teilhabeplans aktiv eingebunden.

3. Werkstattverfahren Schwimmhalle

Das Werkstattverfahren zur Ermittlung der optimalen Badversorgung der Landeshauptstadt wird durch den Beirat durch Mitarbeit in der Arbeitsgruppe 1 aktiv unterstützt.“

Seniorenbeirat

Herr Puschmann informiert, dass der Seniorenbeirat die Kooperationsvereinbarung mit dem Evangelischen Zentrum für Altersmedizin geschlossen hat.

Frau Laabs fragt, welche Tätigkeiten die Kooperationsvereinbarung beinhaltet.

Herr Puschmann erklärt, dass es sich hierbei z.B. um Begleitung zu kulturellen Veranstaltungen oder Einkäufen handelt. Dies erfolgt dann in der Zeit zwischen

Frühstück und Mittag sowie zwischen Mittag und Abendbrot.

Frau Pawelsz-Wolf fragt, ob die Ehrenamtlichen bei dieser Tätigkeit begleitet werden.

Herr Puschmann bejaht dies. Es erfolgt eine Anleitung durch Fachkräfte.

Migrantenbeirat

Frau Ngo berichtet, dass der Migrantenbeirat auch im Jahr 2012 wieder in vielen Gremien aktiv mitwirken wird.

Die Sprechstunde der Mitglieder des Migrantenbeirates in seiner Geschäftsstelle in der Hegelallee wird ebenfalls wieder durchgeführt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum

Vorlage: 11/SVV/0712

Fraktion Die Andere

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: 11/SVV/0906

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Schulze bittet die Ausschussmitglieder, möglichst bis zum 03.02.2012 Fragen bei Frau Spyra einreichen, um der Verwaltung die Gelegenheit zu geben, auf die Fragen zu reagieren.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt den Haushalt für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt ein und gibt Erläuterungen.

Für das Haushaltsjahr 2012 ist Folgendes geplant:

Erträge	53.798.300 Euro
Aufwendungen	103.440.400 Euro

Im Vergleich zum Vorjahr sind dies weniger Erträge in Höhe von -426.800 Euro und Mehraufwendungen in Höhe von +1.926.600 Euro.

Die Mindererträge ergeben sich aus der Absenkung der Sonderbedarfsergänzungszuweisung des Bundes (Strukturausgleich für die ostdeutschen Bundesländer) in Höhe von 19,3 % entsprechend 2,1 Mio. Euro. Gleichzeitig hat der Bund seine Beteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhöht, von bisher 16 % auf 45 % im Jahr 2012. Geplant ist, die Bundesbeteiligung im Jahr 2013 auf 75 % zu erhöhen und im Jahr 2014 auf 100%. Zu den beiden letztgenannten Daten liegen allerdings noch keine Regelungen vor.

Für Potsdam bedeutet dies Mehrerträge in Höhe von ca. 1,8 Mio. Euro. Allerdings verringert auch das Land seinen Zuschüsse zur Grundsicherung und zum Wohngeld, so dass letztlich Mindererträge in der oben genannten Höhe entstehen.

Die Mehraufwendungen ergeben sich aus folgenden großen Haushaltspositionen:

Hilfe zur Pflege	586.000 Euro
------------------	--------------

Personalkosten	466.500 Euro
Grundsicherung im Alter	329.000 Euro
Grundsicherung SGB II	370.000 Euro
Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII	125.000 Euro

Der Rest ergibt sich aus verschiedenen kleineren Positionen.

Frau Schulze bittet darum, die Ausführungen schriftlich auszureichen, um diese für die Haushaltsklausuren der Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Müller fragt, ob es auch Kürzungen gibt.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass bei den sogenannten freiwilligen Aufgaben nichts wegfällt.

Herr Schultheiß verweist auf seine Tischvorlage, die er an alle Ausschussmitglieder zu Beginn der Sitzung ausgereicht hat und erläutert diese. Er fragt nach den Fallzahlen. Diese sind seines Erachtens nach nicht in den ausgereichten Unterlagen zu finden.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass es im Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt nur ganz wenige freiwillige Leistungen gibt. Dazu gehört z.B. die AIDS-Hilfe. Diese soll aus Sicht der Verwaltung unbedingt weiter finanziert werden.

Frau Schulze macht darauf aufmerksam, dass die inhaltliche Debatte zum Haushalt in der Februar-Sitzung des Ausschusses erfolgen sollte. Sie verweist auf die ausgereichte Liste zur Förderung der freien Träger, die bereits in der Arbeitsgruppe, in die Herr Fröhlich, Herr Günther und sie selbst gewählt wurden, beraten wurde. Sie bittet die Ausschussmitglieder, sich bei Fragen zur Liste an Herrn Burchert (Tel. 289-2099) zu wenden.

zu 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

Vorlage: 11/SVV/0948

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Seite 13 des Haushaltssicherungskonzeptes und macht deutlich, dass von Seiten der Verwaltung die Reduzierung der Transferaufwendungen im Bereich Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder abgelehnt wird, da hier die Fallzahlen gestiegen sind.

Bezug nehmend auf das 41400 Verwaltungsaufgaben Gesundheitsschutz teilt sie mit, dass dies mit dem Projekt „Gesundheitsamt 2020“ in Bearbeitung ist.

Die Heilpraktikerprüfungen sind in 2011 erfolgreich auf das Ansbacher Modell umgestellt worden.

Weitere Produkte im Haushaltssicherungskonzept betreffen den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt nicht.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den Teil des Haushaltssicherungskonzeptes, der den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt betrifft.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 1

Dem Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015 2012 für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt wird zugestimmt.

zu 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Müller-Preinesberger bringt die Beschlussvorlage ein und begründet diese.

Frau Schulze fragt die Ausschussmitglieder, ob es Einwände gibt, dass der Eckwertebeschluss lediglich zur Kenntnis genommen wird.

Herr Schultheiß weist darauf hin, dass die LHP über ihre Verhältnisse lebt. Er äußert Bedenken, dass der Gesamtschuldenbetrag immer weiter aufwächst. Der Bereich Gesundheit und Soziales hier zu einem sehr großen Teil betroffen.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass alle Haushaltspositionen sehr gründlich geprüft werden. Sie macht auch darauf aufmerksam, dass sich der Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz vorwiegend im pflichtigen Bereich befindet. Auch hier werden sehr streng die Kosten mit den einzelnen Trägern verhandelt. Es wird ganz massiv daran gearbeitet, einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

Sie weist auch auf die hervorragende Versorgung mit Kindertagesplätzen in der LHP hin. Hier werden nur Kinder mit einem Rechtsanspruch versorgt.

Herr Schultheiß macht deutlich, dass es aus seiner Sicht auch im Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz noch Möglichkeiten gibt, restriktiver zu sein.

Frau Müller-Preinesberger lehnt dies ab.

Frau Schulze bittet, darüber abzustimmen, ob eine Beschlussempfehlung an die StVV abgegeben werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 9

Stimmenthaltung: 1

Somit wird die Drucksache lediglich zur Kenntnis genommen.

zu 4.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0949
Oberbürgermeister, KIS

Frau Schulze stellt fest, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales inhaltlich nicht für Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 zuständig ist. Sie empfiehlt, die Drucksache zur Kenntnis zu nehmen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
Vorlage: 11/SVV/0818
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 4.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages
Vorlage: 11/SVV/0834
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)
Vorlage: 11/SVV/0878
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Herr Böttche (Bereich Wohnen) stellt den Wohnungsmarktbericht 2010 vor und gibt Erläuterungen.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Aussagen auf Seite 32 des Berichts zur Belegungsbindung und macht deutlich, dass diesbezüglich Erfolg versprechende Gespräche mit der ProPotsdam, dem MIL und der ILB geführt werden. Konkretere Informationen kann sie derzeit nicht geben, sagt aber zu, den Ausschuss umgehend zu informieren, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind. Die nächste Information erfolgt im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 14.02.2012.

Herr Besancon fragt, wie viele der Wohnungen, die 2010 gebaut wurden, zum Verkauf und wie viele zur Miete vorgesehen sind.

Herr Böttche erklärt, dass diese Wohnungen als Mietwohnungen errichtet wurden.

Des Weiteren fragt Herr Besancon, wie viele der Mietwohnungen konnten mit WBS vermittelt werden.

Herr Böttche antwortet, dass ca. 50 % dieser Wohnungen über einen WBS vermittelt wurden.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Mietwohnungen, die nicht vermietet werden können, im privaten Besitz sind, also keine städtischen Wohnungen.

Herr Böttche erklärt, dass der überwiegende Teil der vermietbaren Wohnungen im privaten Bestand ist, aber auch ein Teil bei der GEWOBA. Dies trifft auch für die unvermietbaren Wohnungen im Bestand zu.

Frau Laabs spricht das Thema Wohnungssicherung an und fragt, warum diese erst aktiv wird, wenn der Mieter die Kündigung hat.

Herr Böttche erklärt, dass hier die Zielstellung ist, so früh wie möglich einzugreifen. Es hängt aber auch davon ab, wie schnell der einzelne Betroffene handelt.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Aussagen dazu auf Seite 21 und weist darauf hin, dass nicht jeder Bürger bereit ist, rechtzeitig auf die Verwaltung zuzugehen.

Frau Schulze bittet, bei künftigen Berichten schwerpunktmäßig aufzuzählen, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung für die eigene Arbeit zieht.

Herr Böttche merkt an, dass bei diesem Bericht bewusst darauf verzichtet wurde. Inhaltliche Fragen werden mit dem kommunalen Wohnkonzept bearbeitet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"

Vorlage: 11/SVV/0960

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Frau Müller-Preinesberger bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass das Konzept, wie in der Mitteilungsvorlage dargestellt, zusammen mit Experten erarbeitet wird. Es gibt fünf Arbeitsgruppen, die wesentliche Eckpunkte erarbeiten.

Das Expertengremium hat sich in seiner Sitzung am 15.12.2011 konstituiert und die Arbeit aufgenommen.

Frau Dr. Müller fragt, ob es bereits eine Verabredung gibt, einen Zwischenbericht zu geben, auch vor dem Hintergrund, dass es einen Verfahrensablauf in der Mitteilungsvorlage gibt. Wie erfolgt die Einbeziehung der unterschiedlichen Interessengruppen?

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass Zwischenergebnisse präsentiert werden sollen.

Herr Böttche informiert, dass am 19.01.2012 das nächste Treffen des Expertengremiums stattfinden wird. Als erster Schritt erfolgt die Erstellung des Internetportals. Auch ein Fragebogen soll erarbeitet werden. Es wird eine möglichst breite Beteiligung der Interessengruppen angestrebt.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es ihr hierbei insbesondere um die Feststellung geht, was eine Interessengruppe ist, aus wem diese besteht, wer diese vertritt. Hierzu müssen Gruppen festgelegt werden, die befragt werden sollen. Wer definiert die Interessengruppen?

Herr Böttche erklärt, dass es eine repräsentative Befragung sein soll, bei der aber auch bestehende Interessengruppe einbezogen sollen, wie z.B. Studenten über die sog. Studierendenräte.

Wie die Beteiligung konkret erfolgen soll, steht noch nicht fest. Fest steht aber, dass es eine breite Beteiligung geben soll.

Er sagt zu, in der August-Sitzung 2012 des Ausschusses für Gesundheit und Soziales eine Information zu geben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Gesundheits- und Sozialberichte in der Landeshauptstadt
Vorlage: 11/SVV/0896**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Schwerpunktthemen für die Sitzungen im 1. Halbjahr 2012

Frau Schulze verweist auf die mit als Tischvorlage ausgereichte aktualisierte Themenplanung für das 1. Halbjahr 2012 und bittet die Ausschussmitglieder, weitere Vorschläge möglichst bis zum 03.02.2012 an Frau Spyra zu senden. In der nächsten Ausschusssitzung sollte dazu dann eine kurze Verständigung erfolgen.

zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:
14. Februar 2012, 18:00 Uhr**

Jana Schulze
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

An die Mitglieder

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /
des Ausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
32. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
14.02.2012	18:00 Uhr	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende/r



öffentlich

Betreff:

Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 13.09.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
28.09.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Vertreter/innen der Stadt in den Gremien des Klinikums „Ernst von Bergmann“ und in dessen Tochtergesellschaften werden angewiesen, die erforderlichen Schritte zu veranlassen, um sicherzustellen, dass Auszubildende künftig eine Ausbildungsvergütung erhalten, die mindestens so hoch ist wie der Betrag, den die Krankenkassen erstatten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2011 über den Sachstand zu informieren.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Klinikum „Ernst von Bergmann“ erhalten Auszubildende bis heute nicht die Auszubildendenvergütung in der vollen Höhe. Dies erleichtert jungen Menschen sicher nicht die Entscheidung für einen Pflegeberuf und wird den hohen Anforderungen, die bereits an Azubis im städtischen Krankenhaus gestellt werden, nicht gerecht.

Da die Ausbildungsvergütung nach unseren Informationen in vollem Umfang von den Krankenkassen erstattet wird, sprechen nicht einmal unangebrachte Sparsamkeitserwägungen für die Zahlung einer geringeren Ausbildungsvergütung.

Andere Kliniken im Land (z.B. in der Stadt Brandenburg) zahlen eine höhere Vergütung als das städtische Klinikum der Landeshauptstadt Potsdam.



Betreff:

öffentlich

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service

Erstellungsdatum 17.11.2011

Eingang 902: 18.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

gemäß Anlage

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Einreicher: Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 24.10.2011

Eingang 902: 24.10.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die LHP erarbeitet ein Konzept zur Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums und ein Programm zur Vermeidung der fortschreitenden Gentrifizierung.

gez. Schüler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Platz 4 >> 2862 Punkte:

Angesichts der stetig steigenden Mieten in Potsdam wäre ein Konzept der Stadt für bezahlbaren Wohnraum dringend notwendig. Es kann nicht sein, dass ein großer Teil von langansässigen Mietern (auch zunehmend diejenigen mit Durchschnittseinkommen) in die Randgebiete von Potsdam verdrängt wird. Die Entwicklung eines entsprechenden kommunalen Programmes ist unabdinglich.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt **2862 Punkte** und erreichte damit **Platz 4**. Er wurde unter dieser Nummer in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Das Beteiligungskonzept sieht vor, dass im Rahmen der Gremien ein Votum abgegeben wird. Dabei können die Vorschläge in den Fraktionen und Ortsbeiräten erörtert werden. Entscheidungskategorien sind „Annahme“, „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ oder „Ablehnung“.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Notwendigkeit, zum Erhalt bzw. der Schaffung bezahlbaren Wohnraumes wurde in der Stadtverwaltung früh erkannt. Allerdings sind die Möglichkeiten der Stadt sehr begrenzt. Eine direkte Einflussnahme auf die Mietenentwicklung in der Stadt besteht nicht, da diese allein durch die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches im Zusammenhang mit der jeweiligen Lage auf dem Wohnungsmarkt bestimmt wird. Die Sicherstellung ausreichender und angemessener Wohnbedingungen in den Kommunen ist maßgeblich auch eine Aufgabe des Landes.

Die Bemühungen der Stadt sind darauf gerichtet, ihren möglichen Beitrag zur Erhaltung preiswerter Wohnungen zu leisten, der auch im Stadtentwicklungskonzept Wohnen festgeschrieben wurde an dessen Umsetzung die Verwaltung bereits arbeitet.

So wird derzeit an der Erarbeitung eines kommunalen Wohnungsbauprogrammes gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurde bereits seit 01.01.2011 ein zweijähriges Modellprojekt zur Sicherung bezahlbarer Wohnungen gestartet.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Die Kosten für ein kommunales Wohnungsbauprogramm sind derzeit noch nicht absehbar und fallen noch nicht für den Haushalt 2012 an, da eine Entscheidung, ob ein solches Programm aufgelegt werden soll, noch aussteht. Das Modellprojekt zur Sicherung bezahlbarer Wohnungen ist für die gesamte Laufzeit mit 250.000 Euro ausgestattet.

Umsetzungszeitraum / Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja teilweise. Das Modellprojekt läuft bereits seit 1.1.2011 mit einer Laufzeit von zwei Jahren (Nachwirkungsfrist bis 2016).

Grundlage der Umsetzung:

Vereinbarung der Stadt mit der PRO POTSDAM

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

Benennung eines Kontos nicht erforderlich, da die benötigten Mittel nicht über den Haushalt der Stadt sondern durch die PRO POTSDAM bereitgestellt werden.

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:

Empfehlungen für eine mögliche Umsetzung sind entbehrlich, da das Modellprojekt bereits läuft. Deckungsquellen im HH 2012 sind nicht erforderlich, da die Mittelbereitstellung für die Gesamtlaufzeit (bis 2016) des Modellprojektes durch die PRO POTSDAM erfolgt.



öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger'
Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages

Einreicher: Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 24.10.2011

Eingang 902: 24.10.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam führt einen vegetarischen Wochentag ein. Am vegetarischen Wochentag bieten alle öffentlichen Kantinen und Verpflegungseinrichtungen für Schulen, KITA, Krankenhäuser, Altenheime usw. ausschließlich vegetarische Speisen an.

Andere Restaurants und Essensversorger werden aufgerufen, sich dem vegetarischen Wochentag anzuschließen.

gez. Schüler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Platz 20 >> 369 Punkte

Ich schlage vor, in Potsdam einen vegetarischen Wochentag einzuführen. An diesem Tag sollte in den Verpflegungseinrichtungen städtischer Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altenheime oder der Stadtverwaltung ein größeres oder sogar vollständig vegetarisches Angebot zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig sollte über die Vorzüge einer fleischfreien Ernährung hingewiesen und mittels einer Kampagne versucht werden, weitere Kantinen und Restaurants mit einzubeziehen. Schon andere Städte wie Gent, Sao Paulo und Bremen haben erfolgreich einen solchen „Veggie-Tag“ eingeführt.

Wenn sich Potsdam als „Klimastadt“ etablieren möchte, genügt das PIK (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) nicht allein. Folgende Gründe sprechen für eine fleischfreie Ernährung: *Für die Umwelt* - Die Erzeugung tierischer Lebensmittel bringt negative Konsequenzen für die Umwelt mit sich. 18% der weltweiten Treibhausgase sind auf die Produktion von Fleisch, Fisch und Milch zurückzuführen – mehr als alle Transport- und Verkehrsabgase zusammen. Wenn jede Stadt in Deutschland in ihren Gemeinschaftsküchen einen Veggie-Tag einführen würde, könnten mehr Treibhausgase eingespart werden, als wenn 6 Millionen Autos von der Straße verschwänden! *Für die Gesundheit* - In Deutschland werden zu wenig Obst und Gemüse und stattdessen zu viele tierische Produkte gegessen. Die hohe Zufuhr an tierischen Fetten trägt zu vielen chronischen Krankheiten wie Übergewicht, Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus und Krebs bei. Eine vegetarische Kost dagegen ist reich an Obst und Gemüse und deshalb nicht nur gesünder, sondern auch lecker und abwechslungsreich. *Für andere Menschen* - Die Herstellung von Fleisch ist ineffizient und verschwendet Ressourcen. Ein Großteil der weltweiten Getreide- und Sojaproduktion wird als Tierfutter verwendet, während gleichzeitig etwa eine Milliarde Menschen auf der Welt an Hunger leiden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt **369 Punkte** und erreichte damit **Platz 20**. Er wurde unter dieser Nummer in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Das Beteiligungskonzept sieht vor, dass im Rahmen der Gremien ein Votum abgegeben wird. Dabei können die Vorschläge in den Fraktionen und Ortsbeiräten erörtert werden. Entscheidungskategorien sind „Annahme“, „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ oder „Ablehnung“.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Eine gesunde Ernährung wird grundsätzlich von der Landeshauptstadt Potsdam unterstützt, auch die angeführten Gründe aus Klimaschutzsicht (regionale Erzeugung, weniger Fleisch = weniger CO₂) sind nicht von der Hand zu weisen und werden daher von der Landeshauptstadt befürwortet.

Viele Kantinenbetreiber oder Caterer bieten bereits vegetarisches Essen an. Betreiber von Gemeinschaftseinrichtungen, insbesondere die Universität Potsdam, aber auch die Caterer für das Schul- und Kindertagesstättenessen haben sich bereits darauf eingestellt und bieten bei der Auswahl der Speisen mindestens ein vegetarisches Menü an. Aus Sicht der Landeshauptstadt ist die Umsetzung bereits sehr weit.

Die Teilnahme an einem vegetarischen Tag kann und sollte durch die Bürgerinnen und Bürgern freiwillig geschehen. Daher kann die Umsetzung nur durch eine spezielle Marketing-Kampagne geschehen.

Aus gesundheitlicher Sicht wirkt sich ein vegetarischer Wochentag nicht effektiv auf die Gesundheit eines Menschen aus. Viel wichtiger erscheint dann eher, freiwillig auf die bestehenden täglichen vegetarischen Wahlessen in den öffentlichen Einrichtungen zurückzugreifen.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Nicht ermittelt. Kosten einer Werbekampagne durch eine externe Begleitung sind je nach Größe und Umfang der Kampagne zu ermitteln.

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Umsetzungszeitraum / Grundlage der Umsetzung: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

Benennung eines Kontos derzeit nicht möglich

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:

Konkrete Handlungsoptionen können derzeit noch nicht benannt werden, da zunächst die Umsetzung eines solchen Projektes/solcher Kampagne geklärt werden muss. Entscheidend ist dabei die Größe dieser Kampagne.



öffentlich

Betreff:

Jugend und Wohnen in Potsdam

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 06.01.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in deren Sitzung am 07. März 2012 einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, wie die unmittelbare Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Erarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes der LHP gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2011, DS 11/SVV/0542, erfolgen soll.

Ziel dieser direkten Beteiligung ist die Aufnahme der Anforderungen dieser Bevölkerungsgruppe an die städtische Wohnungspolitik der kommenden Jahre.

Dabei sollten die dazu bereits erarbeiteten Positionen, z. B. die des Stadtjugendrings, des ASTA und weitere, aufgenommen werden.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die sich immer mehr zuspitzende Situation auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt mit der Folge, dass preiswertes Wohnen immer schwieriger zu erreichen ist, betrifft nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch Jugendliche und junge Erwachsene in besonderem Maße.

Diskussionen u. a. um den Erhalt „alternativer“ Wohn- und Lebensprojekte, der geplante Abriss von Studentenwohnheimen zeigen deutlich, dass es eine speziell auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse junger Menschen ausgerichtete wohnungspolitische Strategie in der LHP noch nicht gibt.

Um den sich bereits zeigenden Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken und jungen Menschen eine Perspektive auf für sie bezahlbaren Wohnraum zu geben, ist diesem Aspekt der Wohnungspolitik besondere Aufmerksamkeit zu widmen.



Niederschrift 32. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.02.2012
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:42 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Klara Geywitz	SPD	
Frau Heike Judacz	SPD	
Frau Christina Wolf	SPD	
Frau Maike Dencker	CDU	
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:05 Uhr
Frau Christine Anlauff	Die Andere	ab 18:05 Uhr
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten für FDP	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
--------------------	-----------	--

sachkundige Einwohner

Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	ab 18:05 Uhr
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	
Herr Wolfgang Günther	SPD	
Herr Björn Karl	FDP	
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis	
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	ab 18:10 Uhr

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit	
---------------------------------	--	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	entschuldigt

Frau Julia Laabs
Herr Wolfgang Puschmann
Herr Jan-Peter Schmarje

Die Andere
Seniorenbeirat
Behindertenbeirat

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Gäste:

Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Hans-Joachim Böttche	Bereich Wohnen
Frau Martina Trauth-Koschnick	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Jochen Becker	Creso Creative Sozialarbeit gGmbH
Frau Neubauer	Creso Creative Sozialarbeit gGmbH
Frau Ermen-Bausch	Creso Creative Sozialarbeit gGmbH
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.01.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bericht Creso Creative Sozialarbeit gGmbH - Streetwork-Projekt Potsdam
- 5 Wiedervorlagen
- 5.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum
Vorlage: 11/SVV/0712
Fraktion Die Andere
- 5.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0906
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 5.3 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
Vorlage: 11/SVV/0818
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.4 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages
Vorlage: 11/SVV/0834
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Jugend und Wohnen in Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0017
Fraktion DIE LINKE
- 7 Schwerpunktthemen Ausschuss für Gesundheit und Soziales im 1. Halbjahr
2012
- 8 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.01.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 17.01.2012

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Der Niederschrift wird zugestimmt.

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Schulze bittet, die Drucksache 11/SVV/0712 erneut zurückzustellen, da die Vertreter des Klinikums „Ernst von Bergmann“ aufgrund wichtiger Budgetverhandlungen nicht an der heutigen Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales teilnehmen können.

Sie erinnert daran, dass Frau Müller-Preinesberger in der letzten Sitzung des Ausschusses zugesagt hatte, heute eine Information zur Belegungsbindung zu geben. Diese Information wird Herr Böttche geben, der derzeit zu diesem Thema zu einer Beratung im MIL ist.

Sie bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 2 Informationen der Verwaltung

Beitrittserklärung zum Rahmenvertrag nach § 79 SGB XII

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) informiert, dass die Landeshauptstadt Potsdam dem Rahmenvertrag nach § 79 SGB XII beigetreten ist. Dieser Rahmenvertrag ist zwischen den Verbänden der Leistungsträger, dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe sowie den kommunalen Spitzenverbänden geschlossen worden.

Damit hat der Städte- und Gemeindebund Land Brandenburg bereits stellvertretend für die Stadt die Zustimmung erklärt, jedoch regelt § 2 dieses Vertrages ausdrücklich, dass u.a. die kreisfreien Städte gegenüber dem Städte- und Gemeindebund nochmals ihre Zustimmung schriftlich fixieren mögen.

Im § 79 SGB XII ist geregelt: „Die überörtlichen Träger der Sozialhilfe und die kommunalen Spitzenverbände auf Landesebene schließen mit den Vereinigungen der Träger der Einrichtungen auf Landesebene gemeinsam und einheitlich Rahmenverträge zu den Vereinbarungen nach § 75 (3) und § 76 (2)ab.“

Mit dem Rahmenvertrag handelt es sich um eine nähere Beschreibung der Vereinbarungen im stationären und teilstationären Bereich, die durch den Sozialhilfeträger mit den Trägern der Einrichtungen abzuschließen sind. Insofern handelt es sich auch bei dem Rahmenvertrag um einen pflichtigen Bereich.

Erarbeitung Teilhabeplan

Frau Trauth-Koschnick informiert, dass der Teilhabeplan bis Dezember 2012 erarbeitet werden soll. Die fünf bestehenden Arbeitsgruppen arbeiten derzeit aktiv an der Erarbeitung des Plans. Sie weist darauf hin, dass auf der Homepage des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt aktuelle Informationen dazu zu finden sind. Dies wurde auch so in der Steuerungsgruppe am 13.02.2012 besprochen. Frau Trauth-Koschnick steht als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Belegungsbindung

Herr Böttche (Bereich Wohnen) teilt mit, dass in der heutigen Beratung im MIL noch keine Ergebnisse erzielt werden konnten, man sich aber auf der Zielgeraden befinde. Er sagt zu, in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.03.2012 zu informieren.

zu 3 Berichte aus den Beiräten

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da die Vertreter der Beiräte nicht anwesend sind.

Frau Schulze schlägt vor, aus den Beiräten die Informationen schriftlich abzufordern und als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4

Bericht Creso Creative Sozialarbeit gGmbH - Streetwork-Projekt Potsdam

Herr Becker (Geschäftsführer Creso Creative Sozialarbeit gGmbH) informiert, dass das Creso Creative Sozialarbeit gGmbH – Streetwork-Projekt im Sommer 2010 gegründet wurde und dieses überparteilich und nicht konfessionell ist. Das Streetwork-Projekt in Potsdam wird durch die Sozialarbeiterinnen Frau Neubauer und Frau Ermen-Bausch mit je einer halben Stelle durchgeführt. Das Projekt ist bis zum 30.11.2012 befristet.

Frau Neubauer (Sozialarbeiterin Creso Creative Sozialarbeit gGmbH) ist seit September 2011 als Straßensozialarbeiterin in Potsdam tätig. Sie informiert, dass pro Tag und pro Sozialarbeiterin vier Stunden Straßensozialarbeit gemeinsam durchgeführt werden. Das Projekt umfasst eine halbe Stelle pro Person. Dienstags und donnerstags wird die Innenstadt bedient. Montags und freitags wird der Außenbereich, wie z.B. Schlaatz, Stern, Drewitz bedient. Mittwochs erfolgt die Arbeit im Büro.

Im Winter wandern sehr viele Wohnungslose nach Berlin, die im Frühjahr zurück kehren. Ein Teil der Wohnungslosen geht aber auch in die Obdachlosenunterkunft im Lerchensteig. Über die Zahl der Wohnungslosen, die sich in den Industriegebieten und Abrisshäusern befinden, kann keine Aussage getroffen werden.

Zurzeit befinden sich ca. 58 Personen in fester Betreuung. Es gibt eine generelle Rufbereitschaft, auf die schnell reagiert wird.

Herr Becker weist darauf hin, dass dies innerhalb eines Jahres erfolgt ist. Er weist auch auf die sehr enge Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung hin. Es gibt aber auch eine Kooperation mit dem Bahnhofscenter und der Polizei. Durch die sehr aktive Öffentlichkeitsarbeit gibt es auch viele Hinweise aus der Bevölkerung.

Frau Dencker bittet um Informationen über die Struktur, Alter und Geschlecht der zu betreuenden Menschen.

Frau Neubauer informiert, dass alle Wohnungslosen ab 27 Jahre betreut werden. Hierbei handelt es sich um offen Wohnungslose, die auf der Straße leben, aber auch verdeckt Wohnungslose. Eine dritte Gruppe sind diejenigen, die zwar Arbeit und Wohnung haben, aber ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben, um soziale Kontakte zu pflegen. Betreut werden erheblich mehr Männer als Frauen. Die betreuten Männer sind ab 40 Jahre aufwärts. Die betreuten Frauen sind im Durchschnitt etwas jünger (ab 30 Jahre aufwärts).

Frau Dr. Herzel hat festgestellt, dass die Zahl der Wohnungslosen rückläufig ist. Sie fragt, ob Creso Creative Sozialarbeit gGmbH auch eigene Angebote z.B. analog dem Sozialen Zentrum der Volkssolidarität macht.

Herr Becker erklärt, dass es mit dem Sozialen Zentrum der Volkssolidarität mit Volkssolidarität (Suppenküche) einen Kooperationsvertrag gibt. Er betont dass die Straßensozialarbeiter die bestehenden Angebote der Stadt verbinden.

Frau Müller-Preinesberger erinnert daran, dass aufsuchende Straßensozialarbeit für den Personenkreis ab 27 Jahre durchgeführt und vernetzende Arbeit leisten sollte. Dies soll keine ersetzende Arbeit für vorhandene Träger sein soll, sondern

aufsuchende Arbeit, die die bestehenden Angebote niederschwellig ergänzen soll.

Frau Schulze spricht die Kontaktpflege zu anderen Angeboten und Einrichtungen an und fragt, in welchem zeitlichen Umfang dies erfolgt.

Herr Becker erklärt, dass dies alles durch die zwei halben Stellen zu bewältigen ist.

Frau Judacz spricht sich für das Projekt aus. Sie fragt, ob auch Leistungen vermittelt werden und wenn ja, welche.

Frau Neubauer erklärt, dass aufsuchend beraten wird, wo z.B. Unterkunft ist. Die Sozialarbeiterinnen haben auch kleine Versorgungspakete dabei, die ausgegeben werden.

Vordergründig sollen Beziehungen aufgebaut werden. Einen großen Teil der Arbeit umfasst aber auch die Krisenbetreuung und Interessenvertretung. Es erfolgt aber auch Begleitung zu Ämtern.

Frau Judacz spricht die ärztliche Versorgung der Wohnungslosen an.

Frau Neubauer teilt mit, dass es einen guten Kontakt zum Sozialpsychiatrischen Dienst gibt. Direkte Kontakte zu Ärzten gibt es nicht. Ein sehr großes Problem ist z.B. die Zahnversorgung.

Frau Judacz regt an, hier ggf. eine Vernetzung mit dem städtischen Klinikum herzustellen.

Frau Müller-Preinesberger nimmt dies auf.

Frau Ngo hält die Arbeit der Sozialarbeit für sehr wichtig. Sie spricht die Menschen mit Migrationshintergrund an, die z.B. aus Polen sind und fragt, wie hoch der Anteil ist und zu welcher Gruppe sie gehören.

Frau Neubauer informiert, dass es z.B. eine Gruppe am Bahnhof gibt, aber auch vereinzelte Personen, die Straßenzeitungen verkaufen. Hier gibt es große Kommunikationsschwierigkeiten. Es ist aufgrund der Sprachbarriere schwierig, diese Gruppe zu erschließen.

Herr Lack fragt, ob es auch eine Vernetzung zu den Sozialarbeitern gibt, die die unter 27 Jährigen betreuen.

Herr Becker erklärt, dass es ein Antrittsgespräch bei den Sozialarbeitern des Wildwuchsteams gab. Die Zusammenarbeit läuft aber noch nicht optimal und ist verbesserungswürdig. Er ist aber guter Hoffnung, dass sich die Zusammenarbeit optimiert. Eine Trennung der unter 27jährigen und der über 27jährigen ist aus seiner Sicht sinnvoll.

Frau Müller-Preinesberger erinnert daran, dass es aus der StVV bereits Anträge zum Umgang mit Trinkergruppen gab. Dies sollte angegangen und gesehen werden, wie diese Menschen erreicht werden können. Deshalb ist dieses Projekt befristet und soll evaluiert werden.

Frau Anlauff fragt, was unternommen wird, wenn ein akutes gesundheitliches Problem bei einem Wohnungslosen auftritt.

Frau Neubauer antwortet, dass dann derjenige in die Notaufnahme des Klinikums gebracht oder der Rettungsdienst der Feuerwehr gerufen wird.

Frau Judacz verweist auf den Migrantenbeirat, der ggf. auch beim Kontakt mit Wohnungslosen mit Migrationshintergrund behilflich sein kann.

zu 5 Wiedervorlagen

zu 5.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum

Vorlage: 11/SVV/0712

Fraktion Die Andere

Die Drucksache wird erneut zurückgestellt.

zu 5.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: 11/SVV/0906

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Dr. Herzel spricht die Förderung der freien Träger an und weist darauf hin, dass für das Autonome Frauenzentrum aufgrund der zurückgegangenen Förderung durch Potsdam-Mittelmark eine höhere Zuwendung durch die LHP erfolgen soll.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Kofinanzierung durch Potsdam-Mittelmark nicht zurückgegangen ist, sondern das Haus aufgrund des sehr viel besseren Standards teurer geworden ist. Die Gespräche mit Potsdam-Mittelmark zur Kofinanzierung werden weiter geführt.

Frau Dr. Herzel merkt an, dass für die Ausgabestelle der Potsdamer Tafel ein Aufwuchs um 25.000 Euro erfolgen soll, aber noch kein konkretes Objekt zur Verfügung steht.

Frau Müller-Preinesberger erinnert an die Berichte, die zur Potsdamer Tafel im GS-Ausschuss dazu gegeben wurden. Die Ausgabestelle sowie die und Lagerräume werden nicht kostenlos sein. Deshalb wurde sie Summe als Plansumme eingestellt. Es gibt noch keine feste Vertragssituation.

Herr Fröhlich ergänzt, dass Mittel eingestellt sind, aber noch nicht abgerufen werden. So wurde es in der AG Förderung Freie Träger im Sozial- und Gesundheitsbereich verabredet. Eine abschließende Entscheidung wird in der AG bei Vorliegen der Vertragsunterlagen erfolgen und dem Ausschuss übermittelt.

Frau Dencker bittet um Information zum Mehrgenerationenhaus sowie zum Projekt Drewitz/Kirchsteigfeld, da für diese Projekte für 2012 Fördersummen eingeplant sind mit der Bemerkung, dass sich die Projekte noch in Abstimmung befinden.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass die beiden Mehrgenerationenhäuser Treffpunkt Freizeit und INWOLE gefördert werden sollen. Hier sind zwischenzeitlich die Abstimmungen abgeschlossen. Für das Projekt Drewitz/Kirchsteigfeld sind die Mittel vorsorglich eingestellt, aber noch nicht mit Projekten unterlegt.

Da es keine weiteren Fragen gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung über den Teil der Haushaltssatzung 2012 für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Dem Haushalt 2012 für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt wird zugestimmt.

**zu 5.3 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
Vorlage: 11/SVV/0818**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die LHP erarbeitet ein Konzept zur Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums und ein Programm zur Vermeidung der fortschreitenden Gentrifizierung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

**zu 5.4 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages
Vorlage: 11/SVV/0834**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Anlauff spricht sich grundsätzlich für das Anliegen des Antrages aus.

Frau Dencker macht deutlich, dass man niemanden verpflichten kann, vegetarisch zu essen. Caterer und Kantinenbetreiber sollten aber sensibilisiert werden, auch vegetarische Gerichte anzubieten.

Herr Karl schließt sich dem an. Er macht deutlich, dass insbesondere auch die Kinder selbst entscheiden sollen, was sie essen möchten.

Frau Dr. Lotz spricht sich dagegen aus, an einem festgelegten Tag in der Woche vegetarisch essen zu müssen. Wichtig ist, dass die Qualität des Essens, insbesondere auch des Schulessens, stimmt.

Herr Schultheiß macht darauf aufmerksam, dass selbstbestimmt entschieden werden soll.

Frau Judacz betont, dass die gesunde Ernährung in den Vordergrund gestellt werden muss.

Herr Lack schlägt vor, eine Kampagne zu initiieren und ggf. einen vegetarischen Tag im Jahr zu organisieren.

Frau Schulze weist darauf hin, dass dieser Antrag von den Bürgern nicht verändert werden kann. Er kann lediglich empfohlen oder abgelehnt werden.

Herr Fröhlich schlägt vor, dies als Anregung im Gesunden-Städte-Netzwerk aufzunehmen.

Frau Barbara Müller macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei lediglich um eine Symbolik handelt.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam führt einen vegetarischen Wochentag ein. Am vegetarischen Wochentag bieten alle öffentlichen Kantinen und Verpflegungseinrichtungen für Schulen, KITA, Krankenhäuser, Altenheime usw. ausschließlich vegetarische Speisen an.

Andere Restaurants und Essenversorger werden aufgerufen, sich dem vegetarischen Wochentag anzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 9

Stimmhaltung: 0

Somit ist der Antrag abgelehnt.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Jugend und Wohnen in Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0017

Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze bringt den Antrag sowie den Ergänzungsantrag ein und begründet diese. Anschließend weist sie darauf hin, dass sich der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen bereits mit der Drucksache befasst und ein positives Votum abgegeben hat. Es gab lediglich eine Terminverschiebung auf die Sitzung der StVV am 04.04.2012, die so übernommen werden sollte.

Herr Schultheiß weist darauf hin, dass es nicht nur bei den jungen Menschen Wohnungsprobleme gibt, sondern in allen Altersgruppen. Wenn junge Menschen aus dem Elternhaus ausziehen, sollte seines Erachtens nach die Finanzierung des Wohnraums gesichert sein.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass die Verwaltung ein Wohnungspolitisches Konzept erarbeiten und der StVV dazu berichten wird.

Frau Geywitz spricht sich für den Antrag aus.

Herr Besancon spricht sich ebenfalls für den Antrag aus. Er erinnert an die

Diskussion und den Workshop dazu im Jahre 2007, die nicht sehr erfolgreich waren.

Frau Geywitz macht deutlich, dass seit dem schon einiges an Wohnraum für junge Menschen geschaffen wurde.

Herr Böttche macht deutlich, dass wichtig ist, die Gesamtproblematik zu betrachten und nicht eine bestimmte Gruppe herauszuziehen.

Herr Schultheiß regt an, den Antrag zurückzuziehen und festzustellen, dass dieser mit dem bereits gefassten Beschluss erledigt ist.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den vorliegenden Antrag mit dem Ergänzungsantrag und dem veränderten Termin.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in deren Sitzung am ~~07. März 2012~~ **04. April 2012** einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, wie die unmittelbare Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Erarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes der LHP gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2011, DS 11/SVV/0542, erfolgen soll.

Ziel dieser direkten Beteiligung ist die Aufnahme der Anforderungen dieser Bevölkerungsgruppe an die städtische Wohnungspolitik der kommenden Jahre. Dabei sollten die dazu bereits erarbeiteten Positionen, z. B. die des Stadtjugendrings, **des Archiv e.V.**, des ASTA und weitere, aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 7 Schwerpunktthemen Ausschuss für Gesundheit und Soziales im 1. Halbjahr 2012

Frau Schulze verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen ausgereicht Auflistung der Schwerpunktthemen für das 1. Halbjahr 2012, und stellt fest, dass es sich um eine sehr umfangreiche Themensammlung handelt. Sie bittet die Ausschussmitglieder, darüber nachzudenken, die Themen etwas zu komprimieren.

Frau Judacz spricht sich für eine Reduzierung der Themen aus, um auch eine inhaltliche Diskussion führen zu können.

Frau Dencker regt an, zu den Berichten im Vorfeld schriftliche Unterlagen auszureichen, um dann auf Fragen reagieren zu können und die Vorstellungen etwas zu verkürzen.

Frau Schulze verweist auf die Themen für die Mai-Sitzung und macht darauf aufmerksam, dass zu allen Punkten auch Gäste eingeladen werden müssen, die

ihre Projekte vorstellen wollen. Dies ist zeitlich in einer Sitzung kaum zu realisieren.

Frau Geywitz schlägt vor, nicht mehr als ein Schwerpunktthema pro Ausschusssitzung in die Tagesordnung aufzunehmen, um auch diskutieren zu können. Im April sollte im Zusammenhang mit der Psychiatrischen Versorgung auch über die Tagesklinik und die Wartefristen informiert werden.

Frau Schulze wird zur nächsten Sitzung des GS-Ausschusses einen komprimierten Vorschlag zu den Schwerpunktthemen unterbreiten.

zu 8 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Frau Schulze verweist auf Einladung zur Fachkonferenz zum Thema „Krisenbegleitung als Beitrag zur Inklusion“ am 21.02.2012 von 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr im Treffpunkt Freizeit hin, die auch alle Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales erhalten haben. Sie schlägt vor, dass Frau Spyra allen Ausschussmitgliedern den Termin nochmals per E-Mail zukommen lässt.

Frau Trauth-Koschnick informiert, dass am 01.03.2012 die diesjährige Frauenwoche beginnt. Am 08.03.2012 findet um 19:00 Uhr im Nikolaisaal die Festveranstaltung zum Internationalen Frauentag statt. Der Flyer zur Veranstaltung wurde an alle Ausschussmitglieder als Tischvorlage ausgereicht.

Frau Dr. Lotz fragt, ob alle Ausschussmitglieder die Rückantwort des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport auf das Schreiben des GS-Ausschusses zum Funktionalen Analphabetismus erhalten haben.

Frau Schulze teilt mit, dass das Schreiben allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde. Sie schlägt vor, dass sich der Ausschuss in der nächsten Sitzung dazu verständigt.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 20. März 2012, 18:00 Uhr

Jana Schulze
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin

**Landeshauptstadt Potsdam
Stadtverordnetenversammlung**

Anwesenheitsliste

Gremium	Sitzungstag	Sitzungs-Nr.	Sitzungsdauer: von - bis
Ausschuss für Gesundheit und Soziales	14.02.2012	0002/G/S/12	18:00 Uhr

Sitzungsleitung:	
------------------	--

Name, Vorname	Fraktion	anwesend: von - bis	Unterschrift
---------------	----------	------------------------	--------------

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE		
-------------------	-----------	--	--

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE		
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE		
Frau Klara Geywitz	SPD		
Frau Heike Judacz	SPD		
Frau Christina Wolf	SPD		
Frau Maike Dencker	CDU		
Frau Christine Anlauff	Die Andere		
Frau Jutta Busch	SPD		
Herr Peter Schultheiß	CDU		

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE		
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE		
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE		
Herr Till Meyer	SPD		
Herr Dr. Ralf Otto	SPD		

Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU		
Herr Michael Schröder	CDU		
Frau Franziska Schneider	Familienpartei		
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis		
Herr Hannes Püschel	Die Andere		
Herr Arndt Sändig	Die Andere		
Herr Wolfgang Cornelius	CDU		

sachkundige Einwohner

Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW		
Frau Angela Basekow	SPD		
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE		
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90		
Herr Wolfgang Günther	SPD		
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE		
Herr Björn Karl	FDP		
Frau Julia Laabs	Die Andere		
Herr Matthias Lack	DIE LINKE		
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis		
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat		
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat		
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat		

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Ge sundheit		
---------------------------------	--	--	--

Herr Martin Kühn	Bündnis 90/Die Grünen		
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen		

